Erwerbspersonenpotential um 200 000 zunimmt. Daraus ergäbe sich eine Verminderung der Arbeitslosenzahl nur um etwa 50 000 (bei etwa 3,6 Millionen tatsächlicher Arbeitsloser 1988).

# 4 Gewerkschaftliche Kämpfe in der Diskussion

## 4.1 Druckkonflikt '89 – Arbeitskampf im Umbruch

Der jüngste Tarifkonflikt in der Druckindustrie, auf dessen Vorgeschichte in der letzten Ausgabe der INFORMATIONEN eingegangen wurde, verdient in mehrerer Hinsicht eine genauere Auswertung. Forderungen und Inhalte der Mobilisierung weisen ebenso wie die streiktaktische Anlage auf neue Momente heutiger Tarifkämpfe hin, in denen der Umbruch in der Arbeit und veränderte Handlungsbedingungen reflektiert werden. Damit hat dieser Arbeitskampf wichtige Impulse für die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion vermittelt, die über die IG Druck und Papier bzw. IG Medien hinaus die Debatten in der Arbeiterbewegung und der Linken befruchten können.

## 4.2 Ergebnisse

Am 10. März 1989 kam es nach einem zehntägigen Arbeitskampf und vorausgegangenen zugespitzten Tarif- und Schlichtungsverhandlungen zu einem Abschluß in der Druckindustrie, der weit über diese Branche hinaus Beachtung fand. Dabei sind folgende Regelungen hervorzuheben:

– Als wichtigstes Ergebnis konnte erstmals in der Druckindustrie eine Fünf-Tage-Woche von Montag bis Freitag für die große Mehrheit der Beschäftigten tarifvertraglich festgeschrieben werden. Damit wurde gegen den „Zeitgeist" der Flexibilisierungsfans bis in die Reihen der SPD und Gewerkschaften der Angriff auf das freie Wochenende abgewehrt. Druckspezifische Ausnahmen gibt es in geringem Umfang einmal für die Zeitungsproduktion und für Publikumszeitschriften, die regelmäßig erscheinen und im Einzelverkauf oder -abonnement vertrieben werden (für den einzelnen Beschäftigten bis höchstens 13 Samstage im Kalenderjahr). Für die kommenden Arbeitszeitkonflikte insbesondere bei Metall im nächsten Jahr ist dieser Erfolg eine wichtige Unterstützung.

– Der Angriff auf das „Herzstück" des Tarifvertragssystems in der Druckindustrie, die Maschinenbesetzungsregelungen der „Anhänge" des Manteltarifs, wurde erfolgreich abgewehrt. Die einseitig von den Unternehmern vollzogene Kündigung der „Anhänge" war als Erpressungsinstrument genutzt worden, um die Gewerkschaft von ihren Kernforderungen abzubringen. In der Schlichtung Ende Februar boten die Unternehmer dann die Rücknahme der Kündigung an, falls die Gewerkschaft auf ihre Forderungen verzichte. Dieses Vorgehen wurde nach dem Abschluß und der Wiederinkraftsetzung der „Anhänge" vom „Handelsblatt" als falsche Taktik der Unternehmer kritisiert: „Es war nicht richtig, daß die Arbeitgeber vor der Tarifrunde die Anhänge zum Manteltarifvertrag aus gutem Grund kündigten, um dann diese Kündigung ohne ernsthafte Verhandlungen und ohne Grund wieder zurückzunehmen" (HB v. 10./11. 3. 1989). Auch in Zukunft wird mit solchen Angriffen des Kapitals auf tarifvertragliche Kernbestände zu rechnen sein.

– Vereinbart wurde ferner ein tariflich festgelegter Ausgleich für die Einkommensnachteile, die den Schichtarbeitern durch die Steuerreform entstehen.

– Der tarifvertragliche Schutz von Teilzeitbeschäftigten wurde ausgeweitet und eine Wochenarbeitszeit von mindestens zwanzig Stunden festgeschrieben.

– Beim Gesundheitsschutz wollten die Unternehmer eine Ausweitung von Mitbestimmungsrechten verhindern. Der Abschluß sieht nunmehr ein Beschwerderecht vor. Danach „können die Arbeitnehmer im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes Beschwerde einlegen, wenn die Arbeit nach ihrer Auffassung nicht menschengerecht gestaltet ist, die freie Entfaltung der Persönlichkeit behindert oder wenn arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren bestehen". Die im Tarifvertrag vereinbarten neuen Informations- und individuellen sowie kollektiven Beschwerderechte bieten für eine aktive Interessenvertretung zahlreiche Handlungs- und Politisierungsmöglichkeiten. In der Wertung des DGB wird dies als „grandioser Durchbruch" bezeichnet, der die Beschäftigten zu „Kontrolleuren des Gesundheitsschutzes" machen könne (vgl. Die Quelle 5/89, S. 290/1).

## 4.3 Arbeitskampfverlauf und neue Streiktaktik

Die IG Druck und Papier, die kurz vor ihrer organisationspolitischen Integration in die neue IG Medien diesen Tarifkonflikt alleine zu bestehen hatte, verfolgte eine kluge und wirksame Arbeitskampftaktik, die die Differenzierung im Kapitallager ausnutzte und vertiefte. Diese Tatsache wird auch vom „Handelsblatt" kritisch eingeschätzt: „Der Grund für diese unterentwickelte Kampfstärke der Druckarbeitgeber liegt natürlich in der heterogenen Zusammensetzung ihres Verbandes . . . Die einen machen überregionale Tageszeitungen, die anderen Magazine und Illustrierte, manche Lokalblätter, viele die Aufschriften auf Zigarettenschachteln" (HB v. 10./11. 3. 1989). Auch die letzteren, d. h. vor allem kleine und mittlere Akzidenzdruckereien, wurden bestreikt und gaben den Druck innerverbandlich weiter. Der härteste Widerstand gegen die Einschränkung der Wochenendarbeit war insbesondere vom Medienkonzern Gruner + Jahr ausgegangen, der unter allen Umständen einen Kompromiß verhindern wollte und kurz vor Vertragsabschluß aus dem Unternehmerverband austrat.

Nach Angaben der IG Druck und Papier waren in der Zeit vom 1. bis zum 9. März in 1 113 Betrieben insgesamt 126 696 Mitglieder in Streikaktionen einbezogen. Während der Streiks fanden betriebliche Urabstimmungen statt, deren Ergebnisse in der Regel höher ausfielen als 1984. Beachtlich war auch die Beteiligung von Hunderten Redakteurinnen und Redakteuren an Solidaritätsstreiks.

Die Spezifik dieses Arbeitskampfes bestand aber nicht in einer breiten, flächendeckenden Einbeziehung möglichst vieler Betriebe, sondern in der Anwendung neuer, kraft- und finanzschonender und flexibler Kampfformen. Die Weiterentwicklung und Verfeinerung der Arbeitskampftaktik der IG Druck und Papier ergab sich aus den Erfahrungen von 1984, nach denen es in der Regel nicht gelungen war, Streikbruch unter Ausnutzung der neuen Technologien oder Produktionsauslagerungen zu verhindern. Die Versuche, die Auslieferung von Notzeitungen vor den Toren der Betriebe zu blockieren, hatten zu Polizeieinsätzen und langwierigen juristischen Auseinandersetzungen geführt. Neuere Streikkonzepte der Gewerkschaft richteten sich nunmehr auf flexible und für die Unternehmer unkalkulierbare Überraschungsaktionen unter Einschluß von rollierenden Abteilungsstreiks und einem „Verbleiben im Betrieb", um den technisch erleichterten Streikbruch direkt zu verhindern. In Auswertung der bisherigen Erfahrungen hatten allein 1986 und 1987 über 200 Arbeitskampfschulungen mit mehr als 4 500 Teilnehmern stattgefunden. Insofern waren die subjektiven Voraussetzungen für die neue Kampftechnik verbessert worden.

Für die Beurteilung des Arbeitskampfverlaufs ist weniger die Anzahl der einbezogenen Betriebe als die Frage der Wirksamkeit der einzelnen Aktionen entscheidend. In der Debatte auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier wurden betriebliche Beispiele einer neuen Aktionsqualität beschrieben. Klaus Dohne zu „Rheinische Post"/Düsseldorf: „Die Kollegen sind in den verschiedensten Bereichen stundenweise zu Streikmaßnahmen aufgerufen worden, und zwar zu unterschiedlichen, genau aufeinander abgepaßten Zeiten zu zwei, drei und vier Stunden. Das Ende ist jeweils nicht bekanntgegeben worden. Die Kollegen sind im Betrieb verblieben. Sie sind durch die Abteilungen gegangen und haben beobachtet, was sich dort tut. Sie konnten die flexible Taktik dann noch weiter ausfeilen, ausweiten oder verfeinern, weil wir ja die Übersicht hatten, was in den Betrieben geschehen ist." Zur Wirksamkeit von flexiblen Überraschungsstreiks Julia Roll/Köln: „Wir haben zu unterschiedlichsten Zeiten unterschiedlichste Belegschaftsteile zu ganz unterschiedlicher Streiklänge aus dem Be-

trieb herausgeholt. Das hat mit viel weniger Aufwand, was die Streikenden angeht, das hat ohne große Streikpostenketten, ohne Blockadeaktionen zu Produktionseinbrüchen, zu Ausfällen, zu großen Behinderungen und großen Kosten geführt, die wir mit anderer Streiktaktik nicht hätten erreichen können." Durch „Verbleiben im Betrieb" konnten an einzelnen Tagen z. B. in München Teile der Auflage der „Süddeutschen Zeitung", von „Bild München" sowie in Frankfurt die Auflage der „Frankfurter Rundschau" verhindert werden.

Insgesamt stellt diese Streiktaktik hohe Anforderungen an Planung und Durchführung, die nur bei entsprechend breiter innergewerkschaftlicher Vorbereitung und Diskussion gesichert werden können. Im Unterschied zu anderen Gewerkschaften ist dies in den letzten Jahren von der IG Druck und Papier systematisch eingeleitet worden. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen technologischen Umbruchs sind in dieser Streikstrategie viele Elemente eines Arbeitskampfes der Zukunft erkennbar.

## 4.4 Triebkräfte, Handlungsmotivation und neue Inhalte

Die Forderungsstrukturen der Tarifkämpfe der letzten Jahre sind komplexer geworden. Schon in INFORMATIONEN 4/88 war auf eine tarifpolitische Schwerpunktverlagerung zu Fragen der Arbeits- und Technikgestaltung, der Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung sowie der Sicherung und des Ausbaus eines Normalarbeitsverhältnisses hingewiesen worden. Zweifellos resultiert diese Akzentuierung solcher neuen und komplexen Tarifkonzepte aus dem zunehmenden Problemdruck infolge des Umbruchs in der Arbeit.

Auch wenn im konkreten Verlauf der Tarifauseinandersetzung zumeist eine Zuspitzung auf einen Konfliktgegenstand erfolgt, umfassen die Ausgangsforderungen und die handlungsmotivierenden Fragen häufig ein breites Spektrum. Im analysierten Tarifkonflikt der Druckindustrie waren es sowohl die Forderungen zur Lage der Arbeitszeit (freies Wochenende), zum Einkommensausgleich durch Verluste durch die Steuerreform wie die Forderungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz inklusive der Regelungen in den „Anhängen". Eine Zuspitzung erfolgte insbesondere während der Schlichtungsverhandlungen auf die Frage des freien Wochenendes. In INFORMATIONEN 1/89 hatten wir dazu ausgeführt: „Es zeichnet sich ab, daß die Unternehmer diese Flexibilisierungsziele mit Härte und zahlreichen betrieblichen Erpressungsmanövern durchsetzen wollen und die künftige Konkurrenzzunahme durch den EG-Binnenmarkt als Druckmittel nutzen. Im Mittelpunkt steht dabei der Kampf um das freie Wochenende." Zu den handlungsmotivierenden Forderungen gehörten zweifellos – wenn auch in den einzelnen Betrieben und Regionen mit unterschiedlicher Gewichtung – sowohl die Einkommensfragen wie die Probleme des Gesundheitsschutzes und der Ansprüche an eine humane Gestaltung der Arbeit. Zum Arbeits- und Gesundheitsschutz wurden von der Gewerkschaft eigene Argumentationen und Flugblätter vorgelegt. Manche Betriebsversammlungen während des Tarifkonflikts entwickelten sich geradezu zu „Gesundheitstribunalen", was auf die enorme Politisierungspotenz dieses Konfliktfeldes verweist.

In INFORMATIONEN 1/89 war auf diese Dimension des Tarifkonflikts und die darin enthaltenen neuen Mobilisierungsansätze ausführlich eingegangen worden, weil nach unserer Auffassung hierin eine Grundtendenz der Erweiterung und Politisierung heutiger Tarifpolitik erkennbar wird. Nach allen inzwischen vorliegenden Auswertungen des Drucktarifkonflikts kann der Stellenwert des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur Mobilisierung ernsthaft nicht bestritten werden. Als Beispiel soll hierzu die Ausführung des stellvertretenen IG-Druck-und-Papier-Vorsitzenden Heinz Müller auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag zitiert werden: „In den letzten Jahren hat die Betroffenheit unserer Kolleginnen und Kollegen gegenüber Gesundheitsgefahren in der Arbeitswelt erheblich zugenommen. Dies zeigt nicht zuletzt auch der in der Druckindustrie stattgefundene Arbeitskampf, in dem für viele auch die Forderung nach einem besseren Gesundheitsschutz mobilisierende Wirkung hatte. Wir haben versucht, die Bedrohung unserer Umwelt konkret auf gesundheitliche Gefahren im Betrieb herunterzubrechen und vor allem die Verursacher beim Namen zu nennen" (9. April 1989).

Als Triebkraft eines Arbeitskampfes und handlungsauslösende Momente können einzelne Forderungen und die sich darin jeweils ausdrückenden Interessen nicht schematisch voneinander getrennt werden. Neue Interessen, die Ansprüche auf ein stärker selbstbestimmtes und sinnvoll gestaltetes Leben, auf ökologische Verantwortung und Leben und Demokratie in der Arbeit ausdrükken, werden nicht isoliert zu Elementen der Gewerkschafts- und Tarifpolitik, sondern indem sie sich an grundlegende materielle und soziale Interessen anlagern, sie verändern und mit neuen Bedürfnisdimensionen aufladen. Damit verlieren soziale und Verteilungsprobleme nicht ihr Gewicht, verändern aber ihre Ausprägung und treten in Verknüpfung mit anderen Interessen auf. Ebendies wird in traditionalistischen und ökonomistischen Sichtweisen auf die Gewerkschaftspolitik übersehen. Eine „Aufladung" sozialer Interessen ist bei den Forderungen der IG Druck und Papier in mehrfacher Hinsicht erkennbar geworden: „Unsere Lebenslaufzeit gegen ihre Maschinenlaufzeit", „Unsere Lebensgestaltung gegen ihre Kosten-Nutzen-Rechnung" – in diesen Slogans drücken sich Ansprüche auf eigene Zeitgestaltung und kritisches Bewußtsein gegenüber den Flexibilisierungszielen des Kapitals aus. Die Frage „Wem gehört die Zeit?" wird zu einer tariffähigen Kampfforderung zur Sicherung des freien Wochenendes. Eine weitere Dimension umfassen die Forderungen, die Leben, Gesundheit und Demokratie in der Arbeit über die Abwehr unternehmerischer Angriffe hinaus zu einem offensiven Gestaltungsanspruch entwickeln. „Das bedeutet auch neue Schwerpunkte in der Tarifpolitik. Der jüngste Paragraph zum Gesundheitsschutz mit der Stärkung individueller Rechte und Demokratisierung des Gesundheitsschutzes zielt in die gleiche Richtung" (Detlef Hensche, 1. Gewerkschaftstag der IG Medien, 11. April 1989).

Auch wenn diese politische Dimension der Tarifpolitik zuerst nur vom Kreis der gewerkschaftlich Aktiven bewußt aufgenommen wird, zeichnen sich hier neue Perspektiven ab: „Leben und Demokratie in der Arbeit wird eines der großen Themen künftiger gewerkschaftlicher Kämpfe sein" (M. Balder auf dem Landesbezirkstag der IG Druck und Papier, Hessen, Frankfurt am 14. 1. 1989). Die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit, die weit über den betrieblich-tariflichen Rahmen hinaus gesamtgesellschaftliche Ausmaße angenommen hat, belegt zugleich, daß nur bei einer bewußten Thematisierung auch der politisch-kulturellen Dimensionen die Herausforderung der Flexibilisierungs- und Deregulierungsoffensive angenommen werden kann. Dies muß den Rahmen traditioneller Tarifbewegung überschreiten. Werden die in die Zukunft weisenden Politisierungselemente aufgegriffen und betriebliche und gesellschaftliche Konfliktlinien bewußt zusammengeführt (z. B. an der Frage des Gesundheitsschutzes, der Arbeitszeit usw.), lassen sich auch die Bedingungen für eine gesellschaftliche Solidaritätsbewegung verbessern. „Das ist ein Ansatz, der sich mit anderen Strömungen in unserer Zeit verbinden läßt: Mit der Friedensbewegung, mit der Umweltbewegung, mit der Frauenbewegung – bis hinein in künstlerische, wissenschaftliche und kirchliche Bereiche" (M. Balder, a. a. O.). Eine solche Zusammenführung zu befördern und damit zur Politisierung des gewerkschaftlichen Kampfes beizutragen, wäre eine spezifische Aufgabe der klassenorientierten Kräfte.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg. Klaus Pickshaus. Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 5. 1989. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,– DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,– DM, Jahresabonnement 15,– DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.